

Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands

Nr. 35.

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1 M. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482. Geschäftsinserte pro 3 Zeilen oberer oder unterer Raum 25, für 15 Pf. Off.-Annahme 10 Pf.

Hannover,
Sonnabend, den 29. August 1908.

Verlag: A. Pohrborg, Hannover, Mühlstr. 5.
Verantwortlicher Redakteur:
G. Schneider, Hannover, Mühlstraße 5, III.
Fernsprech-Anschluß 3002.
Druck von E. L. G. Meißner & Co., Hannover.

17. Jahrg.

1869—1908.

Für die Weltgeschichte ist der Zeitraum von 4 Dezennien eine nur kurze Spanne. Aber kurze Perioden können Zeuge umwälzender, tief- und weitgreifender sozialer Neuformungen sein. Und die letzten 40 Jahre bedeuten für die Arbeiter einen Markstein in der kulturellen Entwicklung. In dieser Zeit sahen wir die Geburt, das Ringen, Kämpfen und Erstarken der modernen Gewerkschaften. Diese sind heute zu einem Kulturfaktor herangewachsen, mit dem wohl oder übel die Kapitalistenwelt und die Staatsmacht als Ausführungsorgan des herrschenden Unternehmertums rechnen müssen.

Die kapitalistischen Solbschreiber wissen nichts Besseres zu tun, als einzelne nur zu erklärende formale Ausschreitungen zu verallgemeinern, über die Brutalität gewerkschaftlichen Terrors, über Verhöhnung, Schürung der Unzufriedenheit, Bedrohung der Konkurrenzfähigkeit der nationalen Industrien usw. zu jammern; die großen, weit über den Tageskampf stehenden kulturellen Aufgaben und Erfolge gewerkschaftlicher Arbeit werden vollständig übersehen oder auch verkannt.

Die Lasterer der Gewerkschaften produzieren ihre Urteile auf Bestellung; wie die Bauarbeiter nach Zeichnungen oder Bestellungen heute einen runden, morgen einen kantigen Mauerabschluss herstellen, so jene bald ein Lob der Unternehmer, bald eine Haß gegen die Arbeiter. Nur ein Unterschied ist vorhanden: die Arbeiter stellen für den Lohn, den sie erhalten, nur ihre technischen Fertigkeiten zur Verfügung; die Solbschreiber opfern meistens auch noch ihre Gefinnung, indem ihre Urteile nicht mit ihrer Überzeugung übereinstimmen.

Um die kulturelle Bedeutung der Gewerkschaftsbewegung objektiv würdigen zu können, muß man ihre Tätigkeit und die Umstände, unter denen diese entfaltet werden konnte, würdigen. Durch die Gewerbeordnung vom Jahre 1869 wurden die bis dahin bestehenden Koalitionsverbote aufgehoben. Wohl zeigten sich auch vorher schon einzelne Ansätze zur Wahrnehmung der beruflichen und wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter, aber die Koalitionsverbote ließen eine eigentliche Gewerkschaftsbewegung doch nicht aufkommen. Aber mit dem Fall jener Verbote waren nur die gesetzlichen Schranken gefallen, aber nicht alle äußeren Hindernisse und erst recht nicht die inneren Schwierigkeiten, die dem Zusammenschluß der Berufsgruppen zu gemeinsamer Interessenwahrnehmung entgegenstanden.

Der Haß des Unternehmertums gegen die Gewerkschaften hat von jeher bestanden; von Anfang an hat es seine wirtschaftliche Macht in den Dienst dieses Hasses gestellt; nie ist es mäßig gewesen in der Verfolgung und Bekämpfung organisierter Arbeiter, wobei der Kampf nicht dem Individuum, sondern stets seiner Organisation galt. Der liebedürftige, moralisch verlorne Nichtorganisierte ist dem Unternehmer nicht wegen seiner menschlichen Eigenschaften lieber als der ordentliche, charakterstarke, organisierte Arbeiter, sondern wegen dessen sozialer Eigenschaft des Nichtorganisiertseins. Diese Eigenschaft macht den damit Befasteten zu einem willenlosen Ausbeutungsobjekt, während der seines Wertes bewusste Organisierte, pochend auf die Hilfe, die ihm die Organisation leiht, Gleichberechtigung bei der Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen verlangt, und er sich nicht so bedingungslos verkauft, wie der mit der „Tugend“ des Nichtorganisiertseins Geschmückte.

Und wie das Unternehmertum, so fanden auch die Behörden den Arbeiterorganisationen feindselig gegenüber. Als Anwälte des Kapitals haben sie immer versucht, durch die Verwaltungspraxis, durch die Rechtsprechung und durch die spätere Gesetzgebung das Recht der Koalition einzunengen, es illusorisch zu machen. Vier Jahrzehnte nach Aufhebung der Koalitionsverbote werden die Gewerkschaften in Deutschland unter das Damoklesschwert des Sprachenparagrafen und des Ausschusses jugendlicher Personen aus politischen Versammlungen und Vereinen gestellt! Daß das ein Damoklesschwert ist, beweisen uns die Polizeibehörden, die trotz der gegenteiligen Zusicherung des Ministers nach Inkrafttreten des neuen Vereinsgesetzes gewerkschaftliche Organisationen für politisch erklärten.

Blieben äußere Gründe und Ursachen als Hemmnisse der gewerkschaftlichen Organisation stets wirksam, so waren nicht minder groß die inneren Schwierigkeiten. Die Gewerbeordnung vom Jahre 1869 schuf wohl die rechtliche Grundlage für eine gewerkschaftliche Agitation und Organisation, aber sie stellte doch nicht ein organisationsfähiges Material zur Verfügung. Die Masse des Lohnarbeitertums kannte noch nichts von der Solidarität der Interessen. Der einzelne glaubte seine Interessen am wirkungsvollsten zu vertreten im Kampfe gegen den unter günstigeren Lohn- und Arbeitsbedingungen beschäftigten Berufsgenossen. Jeder suchte sich nach Möglichkeit in die bessere Stelle zu drängen: der Kampf aller gegen alle! Es war die freie, ungehemmte Konkurrenz der individuellen Ware Arbeitskraft, die die Arbeiter zu gegenseitigen Feinden machte. Der vorherrschende

Zug war der Kampf des einzelnen — nicht gegen den Unternehmer, sondern gegen den eigenen Klassengenossen!

Dank einer völlig unzureichenden Schulbildung waren der großen Masse die wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhänge ein Buch mit sieben Siegeln. Hier mußte die gewerkschaftliche Organisation zunächst einsetzen, sie mußte erst Lehrein sein, so gut es ging, die Mängel der Schule bei der arbeitenden Masse ausmerzen. Die gewerkschaftliche Tätigkeit mußte die Arbeiter erst organisationsfähig machen, ehe sie ein organisationswilliges Material daraus schweißen konnte. Und so wurde die Gewerkschaftsbewegung als Mittel für ihren Selbstzweck der mächtigste Anstoß zur Hebung des Allgemeinwissens der ehemaligen Volkschüler und das wirkte wiederum zum Teil auch reformierend auf die Schulverhältnisse ein. Schon diese Tatsache allein sichert der Gewerkschaftsbewegung einen Ehrenplatz als Kulturfaktor.

Selbstverständlich war die Arbeit der Aufklärung außerordentlich mühevoll und spätreifend. Das erkennt man an dem langsamen Vorwärtsschreiten. Trotz der unsagbaren Opfer, die aufgebracht wurden, zeigten sich im ersten Jahrzehnt der gewerkschaftlichen Arbeit kaum zahlenmäßig zu fassende Resultate. Und die Saat, die dann aufsprang, suchte die herrschende Gesellschaft mit dem berichtigten Sozialistengesetz, diesem nie zu tilgenden Schandstück in der Geschichte des offiziellen Preußen-Deutschland, zu erstickern. Gewiß, das Schandgesetz hat nicht gehalten, was seine Väter sich davon versprochen; wie außerordentlich schwer aber der Kampf gegen die vereinten gewerkschaftsfeindlichen Gewalten ist, das beweisen die Massen, die immer noch nicht für die Idee der Solidarität und zur Bekämpfung dieser gewonnen sind. Der schlimmste Feind allwege ist natürlich Unverständnis und Unwissenheit. Und wiederum: trotz der Schar der noch unorganisierten können wir überall den mit Ungewalt siegreich vorwärts bringenden Gedanken des solidaren Zusammenschlusses erkennen.

Die gewerkschaftliche Bewegung rief die Kirche auf den Plan: als Anklägerin gegen sich selbst! Als Dienerin und Interessenvertreterin der herrschenden Gesellschaft fühlte sie die Aufgabe, einen Keil in die Arbeiterbewegung zu treiben, um diese zu schwächen. Um das zu verschleiern, schob sie als Grund — der von ihr inszenierten Zerspaltung durch Schaffung christlicher Gewerkschaften religiöse Interessen vor. Aber das ging nicht, ohne Wahrnehmung der materiellen Interessen der Arbeiter, und so nahm man die wirtschaftlichen Forderungen der freien Gewerkschaften in das Programm der christlichen Zerspaltung-Organisationen auf und erklärte diese Forderungen als Ausschluß christlicher Grundsätze und Lehre. Sonderbar! Erst muß eine Bewegung kommen, die von der Kirche als unchristlich bekämpft wird, deren Wirtschaftsprogramm diese aber übernimmt und es als Ausschluß christlicher Sittengesetze reklamiert. Wären die Motive der Kirche rein, dann könnte die Gewerkschaftsbewegung immerhin noch für sich in Anspruch nehmen, die Kirche auf den Weg der werktätigen Nächstenliebe geführt zu haben.

Und wie in der christlichen, so sehen wir in einer noch andern Organisationsbewegung den Sieg des Prinzips der Solidarität. Die Taktik des Unternehmertums, durch die Politik des Zuckerbrotes den einzelnen von der Gewerkschaft abzuhalten, reicht gegenüber jenem Prinzip nicht mehr aus. Das Unternehmertum sieht sich gezwungen, diejenigen Elemente, die fähig sind, um Sonder Vorteile willen andre zu schädigen, in Organisationen zusammen zu bringen: es etabliert die gelben Gewerkschaften! Das Prinzip der Solidarität im Bösen!

Die Eihiker, die über ein gelegentlich entschlipptes Wort, das nicht zum guten Ton gehört, sich so gern entrüsten, hätten allen Grund, in scharfer Weise gegen die rohen, unmoralischen Tendenzen der gelben Gewerkschaften loszugehen. Von hier aus droht dem Volke die Gefahr, daß Gefinnungsverwöhnung und krasses Schinteresse nun als leitendes Motiv für alle Handlungen weiteste Verbreitung findet. Aber Eihiker und Moralisten bleiben zu Hause. Der Kampf gegen die unmoralischen gelben Gewerkschaften ist ja ein Kampf gegen Kapitalisteninteressen. Und solcher Kampf kostet Mut. Darum überläßt man den Feldzug gegen den drohenden moralischen Sumpf den verlästerten freien Gewerkschaften. Diese werden ihn auch mit aller Energie führen und zwar auch siegreich führen.

Die Gewerkschaftsbewegung, die so unendlich viel Hindernisse überwinden hat, sie wird auch die christliche Zerspaltung-Organisation und die gelbe Seuche überwinden. Das Arbeiterparlament, das in der letzten Juniwoch in Hamburg tagte, konnte stolz der Welt künden: Hier ist die Vertretung von fast 2 Millionen selbstbewußter, emporstrebender, vom Gefühl der Menschenwürde durchdrungener Lohnarbeiter und -Arbeiterinnen; zirka 5—6 Millionen Menschen in Deutschland haben in den Gewerkschaften ihren wirtschaftlichen und sozialen Halt, die Befruchteterin ihres Strebens und Wissens, ihre Führerin zu einer höheren, edleren Kultur. Das hat trotzdem und alledem, trotz maßloser Verleumdung, trotz

wütenden Hasses, trotz Schikane und Drangsalierung die moderne Gewerkschaftsbewegung erreicht. Und sie wird weiter kämpfen und zu weiteren Erfolgen, zu stolzeren Höhen führen!

Preis den Erfolgen, Glück für die Zukunft!

Die Ansteckungsgefahr in den Lumpenfortieranstalten.

Daß das Lumpenfortieren nicht nur sehr unangenehm, sondern auch äußerst gesundheitsgefährlich ist, ist allgemein bekannt. Die Unternehmer geben sich allerdings redliche Mühe, die Gefährlichkeit wegzuleugnen, es gelingt ihnen aber nicht. Ueber einige Fälle von Ansteckung durch Lumpen berichtet die badische Fabrikinspektion in ihrem Bericht für 1907. Danach traten im April dieses Jahres in einer Lumpenfortieranstalt Pocken auf. Die Erkrankung wurde nicht gleich erkannt, so daß auch im Spital, wohin die ersten Fälle verbracht wurden, Sekundärinfektionen vorkamen. Im ganzen sind acht Erkrankungen am Orte vorgekommen, außerdem aber eine Anzahl Erkrankungen in den hiesigen Nachbargemeinden, in denen Arbeiter der Lumpenfortiererei wohnten. In einem Falle erkrankten drei Mitglieder der Familie einer Arbeiterin, während diese selbst verschont blieb; sie war bei der alsbald angeordneten Impfung geimpft worden. Eine ansteckungsverdächtige polnische Arbeiterin ging aus dem Spital, in dem sie untergebracht war, durch und gelangte in den Nachbarort, in welchem sie wohnte. Hier wurde sie am anderen Tage festgenommen und zurückgebracht; in dem Orte aber traten Blattern auf. Eine Kommission, die sich sofort an Ort und Stelle begab, stellte als wahrscheinlich fest, daß die Seuche durch französische Lumpen eingeschleppt war. Der Beamte berichtet weiter: „Die fast selbstverständlich erscheinende Forderung, daß Reste von Verbandsstoffen aus Krankenhäusern zu vernichten und nicht weiter zu verkaufen seien, ist heute noch nicht erfüllt. Schon 1896 berichtete der Beamte der Gewerbeinspektion I für Berlin-Charlottenburg, daß ein Unternehmer drohte, er werde den Krankenhäusern, deren Lumpen er aufkaufte und verarbeitete, diesen Verbandsstoffe entziehen, wenn ihm die Behörde fernerhin Schwierigkeiten in seinem Betriebe mache. Auch in unserm Falle fand sich bei einer Befichtigung des Lagers neben alten Lumpen aller Art — alten Unterkleidern, Strümpfen, Jacken, Hemden, Kragen, Drilljacken — auch ein ganzer Ballen Abfälle aus einem Krankenhaus, Verbandgaze und Tupper, die mit Blut und Eiter beschmutzt waren.“ Und solch ekelhaftes Zeug müssen die armen Arbeiterinnen für einen Hungerlohn fortieren. Es ist einfach unerhört, daß in solchen Fällen nicht sofort ganz streng eingeschritten wird.

Die Fabrikinspektion scheint auch die Gefährdung der Menschen in diesen Betrieben anerkannt und sich um Schutzvorschriften bemüht zu haben, denn sie unterbreitet dem Ministerium des Innern folgende Vorschläge:

Es wolle dahin gewirkt werden, daß ähnlich, wie dies schon für die aus dem Auslande stammenden Koffhaare und Borsten der Fall ist, alle aus dem Ausland stammenden Hädern, bevor mit ihnen irgendwelche Handlungen stattfinden, auf behördliche Anordnung einer Desinfektion durch strömenden Wasserdampf unterworfen werden.

Für den Fall, daß dieser Vorschlag nicht angenommen werden sollte, wurde in Vorschlag gebracht:

Es wolle dahin gewirkt werden, daß alle mit dem Bearbeiten von ausländischen Hädern beschäftigten Arbeiter auf behördliche Anordnung einer Impfung mit Pockenlymphe unterzogen werden. Diese Impfung ist alle drei Jahre zu wiederholen.

Das Ministerium hat den ersten Vorschlag, der zweifellos der beste und sicherste ist, verworfen. Wozu auch den armen Unternehmern Kosten und Mühen machen. Der zweite Vorschlag, der, wie gesagt, durchaus unvollkommen ist, aber den „Vorzug“ hat, alle Mühe, Kosten und Unannehmlichkeiten auf die Arbeiter und Arbeiterinnen abzuwälzen, fand die Billigung des Ministeriums. Es gab unterm 4. Dezember folgenden Erlaß an die Bezirksämter heraus:

Die im Frühjahr an verschiedenen Orten aufgetauchten Pockenfälle, welche mit größter Wahrscheinlichkeit auf Ansteckung durch Lumpen zurückzuführen sind, lassen es in hohem Maße erwünscht erscheinen, daß in Lagerräumen, Reinigungs- und Verkaufsstätten von Lumpen, Bettfedern und Koffhaaren, sowie in Papierfabriken, Kunstwollfabriken, Koffhaarspinnereien und dergleichen

1. nur solche Arbeiter beschäftigt werden, welche vor Eintritt der Beschäftigung den Nachweis führen können, daß sie innerhalb der letzten fünf Jahre erfolgreich geimpft worden sind oder die natürlichen Blattern überstanden haben;

2. sämtliche Arbeiter und sonstige Angestellte derartigen Betriebe sich von fünf zu fünf Jahren der Schutzimpfung unterziehen.

Die großherzogl. Bezirksämter werden veranlaßt, im Benehmen mit den Bezirksärzten zu prüfen, bei welchen Betrieben die Voraussetzungen zu einer solchen Maßnahme vorliegen, und auf deren Durchführung hinzuwirken.

Der Erlaß ist das Papier nicht wert, worauf er gedruckt ist. Die Unternehmer scheuen sich den Teufel drum, was dem Ministerium „erwünscht erscheint“, sie tun, was ihnen die wenigsten Ausgaben macht und den meisten Gewinn verspricht. Es ist notwendig, daß die Frauen, die in diesen Seuchenherden ihre Gesundheit um kargen Lohn opfern, sich selbst gegen solche Zustände auflehnen und mit Hilfe der Gewerkschaften Besserung erzwingen.

Aus der amerikanischen Einoleum- und Wachsstock-Industrie.

Nach den Erhebungen der amerikanischen Regierung bestanden im Jahre 1905 in den Vereinigten Staaten 27 Fabriken für Einoleum- und Wachsstockfabrikation. Die 27 Fabriken beschäftigten 217 kaufmännische Angestellte und 3883 Arbeiter.

Die 217 Angestellten erhielten zusammen 361 230 Dollar Gehalt oder pro Kopf 6993 Mk. jährlich. Die 3883 Arbeiter erhielten zusammen 1 948 757 Dollar oder pro Kopf und Jahr 2112 Mk. gleich ca. 7 Mk. pro Tag. Da nicht angegeben ist, ob und wieviel unter den Beschäftigten Frauen und jugendliche Arbeiter sind, läßt die angegebene Durchschnittssumme nur bedingt Schlüsse auf die wirklich gezahlten Löhne zu. Obwohl für Deutschland ein Lohn von 7 Mk. pro Tag schon als hoch gerechnet wird, ist doch zu berücksichtigen, daß in Amerika ein Lohn von 7 Mk. als niedrig gilt, weil der amerikanische Arbeiter ganz andre Ansprüche an das Leben stellt wie der deutsche. F. G. West schreibt darüber in seinem kürzlich erschienenen Buch über Amerika:

„Das Verhältnis zwischen Untergebenen und Vorgesetzten reicht nur bis zur Ausgangspforte des Wertes — außerhalb ist der Arbeiter sein eigener, unbeschränkter Herr, dort kennt er keinen Vorgesetzten, keinen Herrn mehr. Kein Arbeitgeber würde es drüben erwarten oder beanspruchen, daß seine Arbeiter außerhalb der Arbeitsstätte ihm besondere Ehrerbietung erweisen, — da ist der eine Mr. Smith und der andre Mr. Jones und beide genießen die gleichen Rechte, — nur daß der eine eine größere Börse hat, als der andre; aber auch in dieser Hinsicht ist der Unterschied ein viel geringerer, als bei uns, d. h. vielleicht nicht, wenn man nach den nackten Zahlen rechnet, dagegen ganz ausgesprochen, wenn man die wirtschaftlichen Verhältnisse des einen und des andern berücksichtigt, denn die allgemeine wirtschaftliche Lage des Arbeiters ist drüben eine viel bessere als bei uns. Sein Lohn ist, wie bereits gesagt, im Durchschnitt gerechnet, ungefähr dreimal so hoch, wie beispielsweise in Deutschland; dabei kosten die nicht zubereiteten Nahrungsmittel nicht mehr, vielfach sogar 10, 20 und 30 vom Hundert weniger als bei uns. Hieraus ergibt sich besonders für den verheirateten Arbeiter eine viel günstigere wirtschaftliche Lage als bei uns. Ich möchte das an einem Zahlenbeispiel deutlicher zeigen: Der deutsche Arbeiter mag 4 Mk., der amerikanische 3 Doll. = 12 Mk. täglich verdienen. Von seinem Lohn gibt der deutsche Arbeiter vielleicht 2 Mk. für Nahrungsmittel und 0,75 Mk. für Wohnung aus, so daß ihm für alle die übrigen Bedürfnisse 1,25 Mk. übrig bleibt. Für 2 Mk. täglich erhält nun der amerikanische Arbeiter von vornherein eine jedenfalls gleichwertige Nahrung; für Wohnung mag er dreimal soviel als der deutsche Arbeiter ausgeben, also 3 x 0,75 = 2,25 Mk., aber dafür wohnt er auch besser. Das ergibt zusammen 4,25 Mk. Somit verbleiben ihm für die sonstigen Bedürfnisse 7,75 Mk., d. h. mehr als sechsmal soviel, wie dem Deutschen. Selbst wenn er für die Nahrungsmittel 3 Mk. täglich ausgibt, wofür er sich vielleicht doppelt so gut ernähren kann, so bleiben für die sonstigen Bedürfnisse immer noch 6,75 Mk. übrig, d. h. 5 1/2-mal so viel, als dem Deutschen. Allerdings ist zu berücksichtigen, daß er hier vielfach das Doppelte oder Dreifache gegenüber dem deutschen Arbeiter zahlen muß.

Der Verdienst der erwachsenen männlichen Arbeiter wird also wahrscheinlich höher sein als 7 Mk. täglich; aber selbst mit einem Tagelohn von 7 Mk. ist er für seinen deutschen Kollegen immer noch ein Gegenstand des Neides. Bemerkenswert ist, daß der Export der Fabriken in den letzten 5 Jahren um 90 Prozent gestiegen ist. Ein Beweis, daß die hohen Löhne keineswegs ein Hindernis der Ausbreitungsmöglichkeit der Industrie gewesen sind.

Aus der chemischen Industrie.

Betrogene chemische Arbeiter und deutsche Justiz.
Es gibt noch gute Richter in Deutschland. Aus einem Prozeß gegen einen Angehörigen der chemischen Industrie haben wir es wieder gelernt. Der betragende Dr. Zimmer von der betragenden Darmstädter chemischen Fabrik Merck stand am 6. August vor der dritten Strafkammer. Man hatte ihn nicht lange in Untersuchungshaft schmachten lassen. Der wenige Wochen alte Darmstädter Untersuchungsrichter hatte er als Betriebsleiter einer Fabrikabteilung in Untersuchungshaft gesetzt. Bis dahin hatte sich keine amtliche Hand gegen den Mann gerichtet. Der nun hochbetragende Darmstädter Staatsanwalt, kein Politiker, kein Richter, hatte etwas von seinen Befugnissen erfahren. Und die Recht des Arbeitervolkes brachte die Justiz auf die Beine. Sie bewachte auch, daß Dr. Zimmer aus dem Ausland zurückkehrte und sich dem Gericht stellte. In ganz kurzer Zeit, in wenigen Wochen, wurde die Untersuchung abgeschlossen — wie das möglich war, werden wir gleich sehen. Auch die Hauptverhandlung vom 6. August wäre lang- und langweilig verlaufen, wenn nicht Darmstädter Arbeiterblatt nicht gut angefaßt und für bessere Verhältnisse gekämpft hätte, als sie die bürgerlichen Zeitungen der herrschenden Kammerade beliehen. Also nun erfuhr man, wie das möglich war, werden wir gleich sehen. Was er mit dem

ganzen: Eigenartigkeit des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie gegen die Arbeiterbewegung und die Gewerkschaften in Verhandlungen und Flugblättern deutet, befaßt er seit mindestens 1901 dieselben Proletarier, die er politisch niederzujammeln und zu verurteilen suchte. Verächtlischer und gewissenloser kann nicht auf jemand hindeuten. Man kann sich denken, daß jemand die Arbeiterverhältnisse nicht kennt und deshalb der wirtschaftliche und politische Gegner der Arbeiterbewegung ist. Solche Dummköpfe laufen noch genug herum, selbst unter den Arbeitern, selbst unter unsern chemischen Kollegen. Aber daß jemand die Verhältnisse einer ganzen Gruppe schlecht bezahlter Arbeiter genau kennt, diese Verhältnisse auch noch dadurch verschlechtert, daß er einen Teil der Lohngrößen in seine Tasche steckt, statt sie den Arbeitern auszuzahlen, und daß er dabei als Politiker jede Organisation der Arbeiter zur Abwehr der Ausbeutung durch die denkbar gefährlichste Hurra-Agitation niederzuhalten sucht, das ist doch der Gipfel der Unberufenheit. Man wird uns entgegnen, daß es ja alle Unternehmer nicht besser machen! Doch das trifft nicht zu. Erstens sind die Unternehmer direkter an der Ausbeutung interessiert als ein chemischer Doktor. Sie verteidigen das Prinzip, auf welchem das Dasein ihrer ganzen Gesellschaftsklasse beruht, während ein Betriebsleiter selbst ein vom Kapital ausgebeuteter geistiger Arbeiter ist, der sich sehr wohl solidarisch mit seinen Arbeitern wenigstens fühlen, wenn auch nicht bekennen könnte. Und zweitens stellen sich Unternehmer sehr selten direkt in den Vordergrund des politischen Kampfes gegen die Arbeiter. Sie sind wohl die Drahtzieher in diesem Kampfe, vermeiden es aber, schon um ihrer eigenen lieben Person halber, offen und persönlich die Geschäfte des Reichs-Lägerverbandes zu besorgen. Der Darmstädter Arbeitertribunal hätte solche Bedenken nicht. Für den Kapitalismus, der ihn selbst ausnützte, und in aller Offenheit spielte er sich frei und led als Hurrapatriot und Sozialistensprecher auf, um sich lieb und zu machen und womöglich einen Freibrief für seine Diebstähle an Arbeitergehältern zu erlangen. Das ist gewiß das höchste an moralischer Verleumdung, was geleistet werden kann!

Den Freibrief hätte er auch beim — erlangen, der Badere, und das ist die zweite interessante Seite des Falles. Der Verteidiger des Dr. Zimmer ließ durch Vernehmung des Merckschen Fabrikdirektors Klamm in der Hauptverhandlung feststellen, daß die Firma dem patriotischen Vohndieb zur Strafflosigkeit verhilft wollte. Dieser Vorgang ist nun wieder ungeheuer bezeichnend für die Kapitalistenmoral. Dr. Zimmer hatte ja aus der Kasse der Fabrik nichts gestohlen. Diese hatte an ihn bestimmte Lohnsummen für die Arbeiter gezahlt, und auf diese Lohnsummen war man im Betrieb eingerichtet. Sie waren niedrig genug. Der Direktor behauptete, daß es sich in einem Fall, bei dem man die Sache entbedte, um 24,96 Mk. Wochenlohn handelte, von dem sich Zimmer zwei Mk. zurückgehalten hatte. Vom Geldstandpunkt aus war es der Fabrik gleichgültig, ob die 24,96 Mk. in eine oder in zwei Tischen geflossen waren. Ein drastisches Beispiel dafür, wie wenig sich der Kapitalismus darum kümmert, welche Lebenshaltung sich seine Arbeiter mit den von ihm gezahlten Löhnen bereiten können, wieviel arme unglückliche Kinder wegen dieser Löhne hungern müssen, welche Wittwenkinder zwischen Mann und Frau entstehen usw. Die 24,96 Mk. waren ja soviel wie 24,96 Mal verrechnet, und damit hatten sie aufgehört, eine Rolle für die Fabrik zu spielen. Deshalb sah die Firma Merck die Lohn-diebstähle des Dr. Zimmer so ungeheuer milde an, als sie herauskamen. Es waren ja „nur“ Arbeitergehälter, und man konnte nur überlegen, wie man die „unangenehme“ Sache (so sagte ein Fabriküberherr) am besten gemeinsam aus der Welt schaffen. Von diesem Augenblick an wurde die hochangesehene Firma Merck Spießgeselle des Zimmer, und doch hat sie bis jetzt kein Staatsanwalt, kein Richter auch deshalb nur schief angesehen. Sie erklärte, die Unterschlagungen des hurrapatriotischen Betriebsleiters nicht zur Anzeige und nicht an die Öffentlichkeit bringen zu wollen, wenn dieser seine Stelle aufgeben und „verreise“. Wenn die Firma gefragt wurde, wolle sie erklären, Dr. Zimmer habe einen Anfall bekommen und seinen Urlaub früher angetreten. Nach einiger Zeit sollte dann Dr. Zimmer schreiben, daß sich sein „Leiden“ verschlimmert habe und daß er nicht mehr zurückkehren könne. Und dieses nette Programm, das der Fabrikdirektor Klamm in allen Teilen ohne jede Scheu zugestand, wurde von beiden Komplizen buchstäblich durchgeführt. Dr. Zimmer verbaute, keine Behörde und keine Öffentlichkeit erfuhr washalb, bis die Staatsanwaltschaft von dritter Seite „durch besondere Umstände“, wie der Verteidiger in der Hauptverhandlung so schön sagte, d. h. durch die Notizen meines Darmstädter Arbeiterblattes, Kenntnis von dem Helbenstücken erhielt und nun offenbar durch die Firma Merck veranlaßt, daß Dr. Zimmer „freiwillig“ und „reutig“ zurückkehrte, damit dem Herrn der Stedbrief und polizeiliche Suche erspart blieben. Und nun sollen unsere Unternehmer noch einmal kommen und die Sozialmoralisten oder Enttäuschten spielen wollen, wenn ein armer Kerl sich Kleinigkeiten aus einem großen Betriebe aneignet. Wir als ehrliche Arbeiter und Gewerkschaftler können solchen Kollegen, die sich in der Not verhaseln, die Lippen lesen. Immermehr aber eine Kapitalisten-Gesellschaft, die den großen Dieb so begünstigt, wie in diesem Darmstädter Falle.

Sonstige Eigentümlichkeiten des Prozesses waren noch die geringe Mühe, die man sich mit der genauen Feststellung der unterschlagenen oder gestohlenen Lohnbeträge gegeben hatte. Da die Aktenblätter mit den Lohnentwürfen für den einzelnen Arbeiter nach kurzer Zeit vernichtet würden, habe man sich auf das „Gedächtnis“ des Angeklagten beschränken müssen. Wie seltsam! Was hinderte denn den Staatsanwalt, sämtliche Arbeiter der Zimmerischen Abteilung vorzuladen und sich von diesen unter Eid sagen zu lassen, was sie von Dr. Zimmer als Lohn ausgezahlt erhalten hatten? Der eine oder andre dieser Leute hätte vielleicht sogar schriftliche Aufzeichnungen über seine Lohnentwürfe auf längere Zeit zurück. Mit diesen Arbeiterangaben hätte man dann nur zu vergleichen brauchen, was die Fabrikkasse an Dr. Zimmer zur Auszahlung an die Arbeiter gegeben hatte, und man wüßte alsbald ziemlich genau Bescheid. In Wirklichkeit ist kein einziger Arbeiter der Zimmerischen Betriebsabteilung vernommen worden. Man wollte die hurrapatriotische Schande nicht noch durch Befragung der Arbeiter vergrößern! Diesem Ordnungsbedürfnis mußte sich die Rechtspflege beugen. Gätte ein Arbeiter jemals zu hoffen gehabt, daß auf solche Feststellungen bezüglich seines Vergehens verzichtet werde? Ferner wurde vom Vertreter der Firma Merck die notwendige Gerechtigkeit des Zimmer als Widerungsgrund bestritten. Dieselbe Firma, die einem Dieb an mageren Lohn ihrer Arbeiter zur Flucht verhilft und damit beweist, daß ihr die durch die Lohnverluste geschädigte Gesundheit ihrer Arbeiter erst in allerletzter Linie kommt — von einem Schadensersatz an die Arbeiter durch die Firma verlangt bis jetzt noch nicht — bezogt ihrem diebischen Betriebsführer, daß er „nervös“ war, der arme Mann. Und der heftige Staatsanwalt übertrumpft die chemischen Kapitalisten noch, indem er als „mildred“ für den Angeklagten anfährt, daß er bei zuletzt 6500 Mk. Jahreseinkommen „in finanzieller Notlage“ gewesen sei, weil ein solches Budget leicht durch Krankheit und Familienverhältnisse ins Schwanken kommen könne!

Aufreißender für die chemischen Arbeiter mit ihrem Jahreseinkommen von 1000 bis 1300 Mk. kann man nicht gut reden. Selbst die betroffenen Merckschen Arbeiter legen gewiß gar kein Gewicht darauf, daß Dr. Zimmer mit 9 Monaten Gefängnis davonkam, wobei der Staatsanwalt merkwürdigerweise immer nur von dem „armen chemischen Lohnarbeiter der Zimmerischen Abteilung sprach. Aber was sie auf tiefste Empörung muß, das ist die Anerkennung einer „Notlage“ für einen Bestimmungslumpen mit solchem Einkommen, das ist die geringe Erblichkeit der Untersuchung bezüglich der Höhe der unterschlagenen oder gestohlenen Löhne, die Zimmer selbst mit 3411 Mk. ausgab, sowie die Rolle, welche der Darmstädter Fabrikant bei der ganzen Affäre gespielt hat. Man könnte beinahe meinen, der Fall wäre eigens dazu erstanden, auch den letzten chemischen Arbeiter über den engen Zusammenhang zwischen unsern kapitalistischen rechtlichen Verhältnissen aufzuklären. Und wenn unsere Kollegen bei Wahlen oder ähnlichen Gelegenheiten Angeklagten oder Söldlingen des Reichsverbandes begegnen, dann wissen sie, was sie von den Reden und Schriften dieser Herren, deren Kollege ein Dr. Zimmer so lange war, zu halten haben.

Inzwischen hat sich unsern Darmstädter Betrüger noch einer seiner Kollegen aus dem benachbarten Bieditzhausen angegeschlossen. Wegen Unterschlagungen sollte dort der Prof. Dr. oec. chemischen Fakultät von Hünnermann, Franz Dieckhoff, in seiner in der Oberstadt gelegenen Wohnung verhaftet werden. Diebstahl schätzte auf einen Wert von 10000 Mk. durch einen Schuß in die Schläfe. Diebstahl war 32 Jahre alt und aus Merck in Ravensburg gebürtig. Die Unterschlagungen sollen sich auf etwa vierhundert Mark belaufen. Man wird ja bald erfahren, ob es sich hier auch um einen patriotischen Arbeiterdieb handelt, der nur die Lohngrößen der Arbeiter liebt.

Kapitalistische Pionierarbeit.

Zur Verherrlichung des „Bagemuts und der Unternehmerlust auf solider Basis (Grundlage) in Deutschlands chemischer Industrie“ veröffentlicht unter alter Bekanntheit, der Berliner Privatdozent Dr. Großmann, im „Scheitlichen Tag“ eine Zusammenstellung von alten und neuen Erscheinungen aus der jüngsten Entwicklungsgeschichte des chemischen Kapitalismus in Deutschland. Er nennt diese Erscheinungen „Expansionstendenzen“ (Ausdehnungstendenzen). Besser und schärfer hätte er geschrieben: Monopolbestrebungen, d. h. Bestrebungen des Großkapitals, die Alleinherrschaft auf bestimmten Fabrikationsgebieten zu erlangen. Diese Alleinherrschaft soll den Profit bestmöglich und erhöhen nach drei Seiten hin: gegenüber der Konkurrenz, gegenüber der Rundschau und gegenüber den Arbeitern. Großmann spricht nur von der Befestigung der Konkurrenz nicht von der Schöpfung der Rundschau und nicht von der Unterdrückung der Arbeiter. Das ist begreiflich. So laut auch jenen der internationalen Geschichtsforschungslongren in Berlin die „Freiheit der Wissenschaft“ gefordert und verlobet hat, so wenig kann sich die Mehrheit der Wissenschaftler den kapitalistischen Rücksichten entziehen, welche das mächtige Unternehmertum fordert. Ein deutscher Gelehrter, der wie der Göttinger Professor Dr. Levin Berlin auch die Schäden des chemischen Kapitalismus für die Volksgesundheit höchstlos bloßlegt, wird sehr bald von der Industrie bekämpft und geboytötet. Er erhält dann am Ende von den großen Unternehmern gar keine Angaben mehr für seine Bücher und Aufsätze. Gar nicht mehr denken darf er vollends daran, etwa mit der Zeit in eine jener fürstlich bezahlten Stellen einzurücken, welche das Großkapital in Gestalt von Direktoren- oder Syndikatsposten zu vergeben hat und von denen Dr. Großmann in seinem neuesten Artikel arg übertreibend schreibt, daß die Anforderungen, die heute an einen Leiter eines großen Unternehmens in der chemischen Industrie gestellt werden müssen, außerordentlich vielseitiger Natur“ seien. Als ob unsre Direktoren, auch diejenigen der größten Unternehmen, ein Duisberg, ein Böttiger und anderen, nicht auch gewöhnliche Menschen mit gewöhnlichem Gehirn und manchmal sogar recht beschränktem Blick wären! Es dreht sich bei dem Nachfolgenden um Dinge, die nicht bloß ein Ruhmesblatt in der Geschichte der deutschen chemischen Industrie füllten, sondern auch um sozial und wirtschaftlich zum Teil recht bedenkliche Erscheinungen einer einseitig kapitalistischen Entwicklung.

Der Bug zur Ausdehnung der chemischen Kapitalmacht wird von Dr. Großmann zunächst festgelegt „in dem Bestreben mancher Werke, durch Verschmelzung mit einem andern Betriebe die Konkurrenz zu verkleinern und hierdurch die Machtsphäre des eigenen Wertes zu vergrößern. Diese in der letzten Zeit besonders bemerkbaren Fusionstendenzen (Verschmelzungstendenzen) werden vor allem erleichtert durch das Ueberwiegen der Gesellschaftsunternehmungen, vor allem der Aktiengesellschaften in der Industrie; denn diese Unternehmensformen mit ihren von Jahr zu Jahr wichtiger werdenden Bankbeziehungen lassen solche Transaktionen (Geschäfte) verhältnismäßig leicht durchführen. Naturgemäß treten diese Fusionen (Verschmelzungen) vor allem innerhalb des deutschen Reichs auf. Aus der letzten Periode seien nun folgende größere Fusionen erwähnt: die Verschmelzung der A. G. Silesia mit dem Verein Chemischer Fabriken, A. G. in Schweinfurt, die Fusionen der bedeutenden Düngherfabrik Michel u. Co. G. m. b. H., in Ludwigshafen, mit dem Verein Chemischer Fabriken in Mannheim, die Fusionen der Zellstofffabrik Kist mit dem bedeutendsten Unternehmen dieser Branche, der Zellstofffabrik Waldhof, der Uebergang des Ammoniakfabrikbetriebes der Firma Engelke u. Krause in Trotha bei Halle an die Deutschen Solvaywerke in Bernburg, und aus der letzten Zeit die Aufnahme der Aktiengesellschaft für Lezer- und Erdölindustrie durch die Nütgerswerke, A. G., welche bereits 1905 die chemische Fabrik Lindenhof, E. Weil u. Co., A. G. in Mannheim, aufgenommen hatte. Hier seien wir noch folgende interessante Einzelheiten ein. Die Aktiengesellschaft Nütgerswerke erhöht ihr Kapital um 5,5 Millionen Mark auf 17,5 Millionen Mark, 5,32 Millionen der neuen Aktien werden für den Erwerb der Aktien der aufzunehmenden Gesellschaft verwendet. Die Nütgerschen Werke übernahmen im Jahre 1905 die chemische Fabrik Lindenhof, E. Weil u. Co., A. G. mit ihren Niederlassungen in Lindenhof und in Waldhof bei Mannheim, in Duisburg sowie in Günstingen i. E. Schon vor der Aufnahme dieser Betriebe unterhielt die Gesellschaft Fabriken in Breslau, Küstrin, Danzig, Finthenheerd, Flensburg, Gotha, Groß-Gelmin, Panau, Kolberg, Liebenwalde, Schülitz, Stendal, Warmmünde, Wronke und Bernsdorf, die sich mit dem Imprägnieren und Bearbeiten von Holzern, in der Hauptsache von Schwellen für die Bahndauerhaltungen befassen. Außerdem besitzt die Aktiengesellschaft Nütgerswerke eine Fabrik zu Kugel bei Dortmund, die die Herstellung von Teerprodukten betreibt. Alle diese Transaktionen waren naturgemäß fast stets mit bedeutenden Kapitalaufnahmen seitens der aufzunehmenden Werke verknüpft. Diese Hilfe ist nicht einmal ganz vollständig. Es fehlt z. B. die Verschmelzung der chemischen Fabrik Gebr. Hehl u. Co. in Charlottenburg mit den Kohlenäurenwerken, A. G. Den größten Teil dieser Kapitalvereinigungen haben auch wir im „Proletarier“ schon besprochen. Aber es ist ganz gut, daß ein bürgerlicher Gelehrter durch seine Zusammenstellung die Wichtigkeit dieser Vorgänge nochmals unterstreicht. Einzelne seien unsere Kollegen, daß jetzt auch die bürgerliche Wissenschaft in der Beurteilung der Wichtigkeit dieser Geschäfte mit uns einig geht und daß wir in der genauen Beobachtung und Aufzeichnung fortfahren müssen, wenn wir als Arbeiter in unsern Fachkenntnissen und Wissen vor den treibenden Kräften unser Industrie den Unternehmern gewachsen bleiben wollen. Andererseits lehrt uns solch ein Rückblick, in wie verhältnismäßig kurzer Zeit sich die weitere Zusammenstellung und Vereinigung des chemischen Kapitals; unser Erbfeindes, weiter vollzieht. Das muß unsern Aufklärungs- und Organisations-eifer immer wieder anspornen. Unsr Organisation und Vereinigung muß versuchen, mit derjenigen unser Gegner immer möglichst Schritt zu halten.

Dann bespricht Großmann die bekannten Vorgänge im chemischen „Dreibund“ und „Zweibund“, die wir hier nicht ausführlich zu wiederholen brauchen, weil sie im „Proletarier“ ganz eingehend erörtert wurden: den Anlauf einer gemeinsamen Kohlenzucht, den Bau einer englischen Fabrik und die Ausnutzung norwegischer Wasserkräfte zur Gewinnung von Salpeter aus Luft durch Elberfeld-Ludwigshafen-Berlin, wozu dieser Dreibund seine Grundkapitalien in kurzer Zeit von 51 auf 88 Millionen brachte. Ebenso belannt ist unsern Lesern die Vereinigung von Höchst und Fachsenberg und die Auffassung von Kalle-Niebrich durch dieselben. Interessant ist uns der Zusatz: Man „sicherte sich den maßgebenden Einfluß auf dieses außerordentlich rentable Werk, das im letzten Jahre mit den schwefelhaltigen Anlagungen des blauen Subjogofarbstoffs, dem Trio-Subjogofarbstoff von Professor W. Friedländer in Wien, einen außerordentlichen Erfolg erzielt hat. Natürlich sieht sich auch der Zweibund gezwungen, in England selbstständige Fabriken zu errichten, und auch hier dürften deshalb die nächsten Jahre weitere Kapitalansprüche bringen. Im ganzen sind konzentriert der Farbenindustrie, die bekanntlich nicht nur synthetische Farben, sondern zahlreiche Produkte der organischen Großindustrie — Säuren, Alkalien und Salze — sowie der pharmazeutischen und photographischen Industrie herstellen, nicht weniger als 175 Millionen Mark investiert.“ Das ist aber nur der Durchschnitt dieser Aktienanläufe. Ihr Handels-, Börsen- und Verkaufswert beträgt bekanntlich das Drei- bis Vierfache. Da war es wirklich angebracht, auf unsern Münchener Verbandstag-darauf hinzuweisen, welche Riesenaufgaben unsere Organisation allein im Kampfe mit solchen Kapitalungeheuern der chemischen Industrie noch zu bewältigen hat!

Unvollständig und nicht infolge genug für unsere beteiligten Kollegen... Die deutsche Intelligenz der Kapitalisten in dieser... Die neue Gesellschaft... Die deutsche Carbide- u. S. Ges. in Frankfurt a. M. mit ihrer Fabrik in Knapstad bei Brühl am Rhein... Die Gesellschaft für Schiffbau... Die Deutsche Carbide- u. S. Ges. in Frankfurt a. M. mit ihrer Fabrik in Knapstad bei Brühl am Rhein... Die Gesellschaft für Schiffbau... Die Deutsche Carbide- u. S. Ges. in Frankfurt a. M. mit ihrer Fabrik in Knapstad bei Brühl am Rhein...

Der kritische Gang, den wir mit unsern bürgerlichen National-Ökonomen... Die deutsche englischer Wettbewerb in der chemischen Industrie... Die Reform der englischen Patentgesetzgebung hat bekanntlich insbesondere die deutsche chemische Großindustrie getroffen...

Zimmer neue Kapitalvereinigungen... Auch in der chemischen Industrie sind nach den zahlreichen Fusionen der letzten Zeit wieder neue Konzentrationsbestrebungen zu verzeichnen... Die norwegischen Anlagen des deutschen Amilin-Konzerns... Ueber die norwegischen Unternehmungen des Konzerns Dabische Amilin- und Sodafabrik... Die norwegischen Anlagen des deutschen Amilin-Konzerns... Ueber die norwegischen Unternehmungen des Konzerns Dabische Amilin- und Sodafabrik...

Die norwegischen Anlagen des deutschen Amilin-Konzerns... Ueber die norwegischen Unternehmungen des Konzerns Dabische Amilin- und Sodafabrik... Die norwegischen Anlagen des deutschen Amilin-Konzerns... Ueber die norwegischen Unternehmungen des Konzerns Dabische Amilin- und Sodafabrik...

Die norwegischen Anlagen des deutschen Amilin-Konzerns... Ueber die norwegischen Unternehmungen des Konzerns Dabische Amilin- und Sodafabrik... Die norwegischen Anlagen des deutschen Amilin-Konzerns... Ueber die norwegischen Unternehmungen des Konzerns Dabische Amilin- und Sodafabrik...

Die norwegischen Anlagen des deutschen Amilin-Konzerns... Ueber die norwegischen Unternehmungen des Konzerns Dabische Amilin- und Sodafabrik... Die norwegischen Anlagen des deutschen Amilin-Konzerns... Ueber die norwegischen Unternehmungen des Konzerns Dabische Amilin- und Sodafabrik...

Die norwegischen Anlagen des deutschen Amilin-Konzerns... Ueber die norwegischen Unternehmungen des Konzerns Dabische Amilin- und Sodafabrik... Die norwegischen Anlagen des deutschen Amilin-Konzerns... Ueber die norwegischen Unternehmungen des Konzerns Dabische Amilin- und Sodafabrik...

Die Betriebsverhältnisse sind in gesundheitsgefährlicher Weise... Die Arbeiter behandeln mit Holzknütteln die Baumwolle in offenen... Die Arbeiter behandeln mit Holzknütteln die Baumwolle in offenen... Die Arbeiter behandeln mit Holzknütteln die Baumwolle in offenen...

- a) 10 Stunden für Handwerker, die Arbeiter der Nitriererei und jugendliche Arbeiter beiderlei Geschlechts;
- b) 11 Stunden für alle übrigen Arbeiter und Arbeiterinnen.

Wahrscheinlich ist die Diktation der Ansicht, daß die niedrigen Löhne den Wegfall der Pausen und Mahlzeiten nötig machen... Die Arbeiter behandeln mit Holzknütteln die Baumwolle in offenen... Die Arbeiter behandeln mit Holzknütteln die Baumwolle in offenen...

Die Zepelin-Exzursion... Die Zepelin-Exzursion...

Aus der Zement- und Ziegelindustrie.

Achtung! Zieglerarbeiter! Anlässlich der Kampagnebeendigung werden alle Zieglerkollegen, soweit sie ihren Aufenthaltswort wechseln, im eigenen Interesse dringend ersucht, sich vor ihrer Abreise bei der... Die Zepelin-Exzursion... Die Zepelin-Exzursion...

Mitteil. Im Zeichen der Krise. Seit einiger Zeit rauchen die Schornsteine der vier hiesigen Dampfzögeleien nicht mehr... Die Zepelin-Exzursion... Die Zepelin-Exzursion...

Stade. Am 15. August fand abermals ein gerichtlicher Termin in der Klagesache des Kollegen N. gegen den Ziegelmelster... Die Zepelin-Exzursion... Die Zepelin-Exzursion...

Es sei den Zieglerkollegen hiermit dringend geraten, wenn bei Abzug des Arbeitslohnes der Lohn nicht richtig ausgezahlt oder ganz einbehalten wird... Die Zepelin-Exzursion... Die Zepelin-Exzursion...

Aus dem Auslande.

Kopenhagen, 20. August 1904. Am 17. August wurde der 7. Kongress des Dansk Arbejdsmandsforbundes eröffnet. Die Eröffnung erfolgte durch den Vorsitzenden... Die Zepelin-Exzursion... Die Zepelin-Exzursion...

Beratung und Behandlung der Tätigkeit und Wirksamkeit des Verbandes. Kassenbericht. Sitzung der für die Prüfung der Lage der Arbeiter in Margarinefabriken bestimmten Delegierten. Eingegangene Anträge. Regelung der Uebertritte von und zu andern Verbänden. Festsetzung der Gehälter und Wahl des Vorsitzenden und Hauptkassiers. Festsetzung des nächsten Kongresses.

Es sind 195 Delegierte anwesend, die 131 Abteilungen vertreten. Der Hauptvorstand ist mit 17 Personen vertreten, dazu kommen drei Revisoren. Aus Norwegen sind die Genossen Hansen und Törres, aus Schweden Jonson, Johansen und Benzon, aus Deutschland Brey anwesend. Der allgemeine Arbeiterinnenverband Dänemarks hat die Genossinnen Nielsen und Geerlein delegiert. Somit sind 223 Teilnehmer auf dem Kongress anwesend. Die Nachmittagsitzung wird, nachdem die Präsenzliste verlesen und alle Mandate für gültig erklärt worden, mit Ansprachen der ausländischen Vertreter begonnen. Jede Begrüßungsrede wird mit einem dreifachem Hoch des Kongresses beantwortet. Die deutsche Organisation wird zweimal durch ein dreifachem Hoch geehrt. Der mündliche Bericht des Vorsitzenden nimmt am Montag 2 1/2 Stunden in Anspruch, wird am Dienstag fortgesetzt und ist dann um 11 Uhr beendet. Der vorgelegte schriftliche Bericht, so weit er die Tätigkeit des Hauptvorstandes schildert, umfasst nur eine Druckseite, daher dehnt sich der mündliche Bericht so lange aus. Er verbreitet sich über alle Botschaften in dem Verbandsleben, Agitation, Streiks, Lohnbewegungen, internationale Verbindungen und so weiter. Nach dem Bericht sind in den letzten zwei Jahren 414 Zugewandene der Organisation in Kraft getreten, bezüglich Lohn und Arbeitsverhältnisse. In diesen Verbesserungen nahmen 26 318 Mitglieder teil. Dazu kommen 452 neue Uebertritte (Tarife) für 26 318 Mitglieder. Lohnbewegungen vollzogen sich in 84 Abteilungen. Bei 133 verschiedenen Lohnbewegungen haben 3651 Mitglieder Unterstützung ausbezahlt bekommen. Die Gesamtsumme der Unterstützung ist 93 216 Kronen 16 Öere.

An dem samvirkende Fagforbund und zu Konflikten im Ausland sind ausbezahlt 75 580 Kronen 24 Öere. Diese Summe erscheint im Vergleich zu dem Aufwand für eigene Streiks hoch. Die Höhe erklärt sich daraus, daß in Dänemark die Verbände bei Streiks anderer Organisationen eintreten müssen, wenn letztere mehr als zwei Prozent ihrer Mitglieder im Auslande haben. Die Entwicklung des Verbandes ergibt sich aus folgenden Ziffern. Es bestanden am 1. April 1906 160 Abteilungen mit 21 442 Mitgliedern. Bis zum 1. April 1908 sind hinzugekommen 50 Abteilungen mit 7542 Mitgliedern. Am 1. April 1908 war der Bestand 210 Abteilungen mit 28 984 Mitgliedern. Der Hauptvorstand hat in den 2 Jahren 12 Sitzungen abgehalten. Die 3 Geschäftsführer und die Vorkänner für die einzelnen Branchen haben 33 Sitzungen abgehalten. Die Dauer dieser Sitzungen nahmen 85 Tage insgesamt in Anspruch, und kamen 2 288 Sachen zur Erledigung. Die Debatte bewegte sich in dem auf Verbandsfragen üblichen Geleise. Neben Reden welche die Tätigkeit des Vorstandes anerkennt, gibt es auch solche, welche tadeln. Am Mittwoch Nachmittags 3 Uhr wird ein Antrag, die Redekarte zu schließen, abgelehnt, aber einige Stunden später die Redezeit auf 10 Minuten beschränkt. Am Donnerstagvormittag um 11 Uhr ist der Kongress immer noch dem Bericht des Vorstandes, aber das Redebekanntnis ist mindestens soweit gestillt, daß nunmehr ein Antrag auf Schluß der Redekarte um 11 Uhr zur Annahme gelangt.

